

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Armin Blind, Dr. Wolfgang Aigner und Gerhard Haslinger betreffend Verhinderung einer Einbürgerungsoffensive in Wien, eingebracht in der Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte am 30. Juni 2020 zu Post 1

In einem Artikel in der Tageszeitung Standard vom 20.6.2020 wird vom Bestreben des Bürgermeisters berichtet, Migranten verstärkt zu „motivieren“, die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Um den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern, sollen die Gebühren für die Einbürgerung deutlich abgesenkt werden.

Die politische Stoßrichtung dieser Initiative ist mit Nachdruck abzulehnen. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft darf bestenfalls am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Sie ist aber kein Beitrag für eine Integration von Zuwanderern. Gerade die derzeit täglich stattfindenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden auf Wiener Straßen - unter diesen finden sich mit Sicherheit viele, die bereits österreichische Staatsbürger sind - zeigen das klägliche Scheitern der Integrationsbemühungen in Wien. Parallel- und Gegengesellschaften haben sich längst etabliert, Konflikte aus fremden Staaten werden so nach Österreich hereingetragen. Wenn jetzt seitens der Wiener Behörden eine „Einbürgerungsoffensive“ angedacht wird, würden sich diese negativen Entwicklungen weiter verfestigen und ein Gegensteuern verunmöglichen. Der Verdacht liegt nahe, dass durch forcierte Einbürgerungen schlichtweg neue Wählergruppen für die Rot und Grün organisiert werden sollen.

Der Wiener Gemeinderat lehnt die Erleichterung der Einbürgerung und den Beginn einer „Einbürgerungsoffensive“ in Wien mit Nachdruck ab.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

IMMIGRATIONSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 30. JUNI 2020
PGL-555503-2020-KFP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtssenat

Der Wiener Gemeinderat lehnt die Erleichterung der Einbürgerung und den Beginn einer „Einbürgerungsoffensive“ in Wien mit Nachdruck ab.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

